

Die dringlichen Forderungen

Autor(en): **Uhlmann, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **117 (1951)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-23070>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

117. Jahrgang Nr. 1 Januar 1951

63. Jahrgang der Schweizerischen Monatschrift für Offiziere aller Waffen

ALLGEMEINE SCHWEIZERISCHE MILITÄRZEITSCHRIFT

Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Adressen der Redaktion

Allgemeiner Teil: Oberst i. Gst. E. Uhlmann, Neuhausen am Rheinfall, Zentralstraße 142
Militärwissenschaftliches: Oberstdivisionär G. Züblin, Küsnacht ZH, Buckwiesenstr. 22

Die dringlichen Forderungen

Der Ernst der internationalen Situation zwingt auch die Schweiz, ihre militärischen Vorbereitungen auf ein Maximum zu steigern. Wir müssen heute vor allem die Frage stellen, ob alles getan wird, um dieses Maximum zu erreichen und beizubehalten.

Man muß sich der Mentalität großer Volksteile vor einem Jahr erinnern, um den gewaltigen geistigen Umschwung in den Fragen der Landesverteidigung zu erkennen. Vor einem Jahr noch marktete das eidgenössische Parlament das vom Militärdepartement bereits kräftig gestrippste Militärbudget nochmals um 16 Millionen herunter. Nur gegen ernsten Widerstand ging das Budget schließlich durch. Heute herrscht, abgesehen von der kommunistischen Partei und der antimilitaristischen «Zentralstelle für Friedensarbeit», im Schweizervolk Einmütigkeit darüber, daß der Armee die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um ihr die für den neuzeitlichen Krieg tauglichen Waffen beschaffen zu können. Das *Rüstungsprogramm* ist deshalb in den Mittelpunkt aller Probleme der Landesverteidigung getreten.

Man weiß, daß der Bundesrat den eidgenössischen Räten im Monat Februar eine Botschaft für die Erteilung eines *Rüstungskredites* in der Höhe von rund 1400 Millionen Franken unterbreiten wird. Grundlage dieser Botschaft und des darin vorgelegten Rüstungsprogrammes ist ein «Weißbuch» des

Eidgenössischen Militärdepartementes, in welchem die konkreten und detaillierten Angaben über die neuen Waffen und Ausrüstungsmittel enthalten sind. Dieses «Weißbuch», das aus verständlichen Gründen geheim gehalten wird, diente der militärischen Studienkommission, die im Laufe des vergangenen Jahres die Tragbarkeit der Militärausgaben zu überprüfen hatte, als Grundlage ihrer gründlichen Untersuchungen. Der Ende Dezember 1950 erstattete Schlußbericht dieser Studienkommission wird ebenfalls als vertrauliches Dokument behandelt.

Der Öffentlichkeit ist immerhin bekanntgegeben worden, daß sich die *Studienkommission*, die sich nebst Vertretern der Armee aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzte, von einer Sparkommission in eine Kommission zur Befürwortung des Ausbaus der Landesverteidigung wandelte. Die Kommission konnte sich auf Grund des «Weißbuches» eingehend von den Notwendigkeiten der militärischen Verstärkung überzeugen; sie hat die von der Landesverteidigungskommission beschlossene Konzeption und deren Anträge gutgeheißen. Die Studienkommission hält es für notwendig, daß die *Feuerkraft der Armee* durch Beschaffung neuer Waffen so wirksam als möglich verstärkt werde. Die Kommission befürwortet deshalb sowohl die Verstärkung der Fliegerabwehr wie die Beschaffung leistungsfähiger panzerbrechender Waffen. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft darf mit Genugtuung feststellen, daß die von ihrer Studienkommission schon im Sommer 1950 vertretene Auffassung zur Heeresreform sich mit den Ansichten der außerparlamentarischen Studienkommission, also auch mit den Auffassungen der LVK und des EMD, weitgehend deckt. Es sei vor allem betont, daß diese Übereinstimmung auch dort vorhanden ist, wo in der öffentlichen Diskussion noch erhebliche Gegensätze bestehen: in der *Panzerfrage*. Die Studienkommission des Bundesrates fordert ausdrücklich die Beschaffung von Panzern.

In politischen Kreisen wird oft beanstandet, daß Offiziere Meinungsverschiedenheiten über militärische Fragen in Presseartikeln und Vorträgen ausgetragen haben. Man mag die gelegentliche Form der Auseinandersetzung bedauern. Aber wir sind der Meinung, daß auch der Offizier wie jeder andere Bürger das Recht besitzt, sich an der militärischen Diskussion zu beteiligen. Auch die Diskussion in der Panzerfrage ist berechtigt. Es scheint uns immerhin, die Panzergegner hätten nun genügend Anschauungsunterricht dafür, daß sich nicht nur Fantasten und Fanatiker, «Romantiker und Bewegungsschlacht-Strategen» für die Panzer einsetzen. Die Panzergegner dürften endlich einmal einsehen, daß eine Lösung, die von der Landesverteidigungskommission, von einer großen außerparlamentarischen Studienkommission und von der überwiegenden Mehrheit

der Schweizerischen Offiziersgesellschaft vertreten wird, nicht eine ausgefallene oder unsinnige Idee sein kann.

Es sei lediglich auf zwei Argumente der Panzergegner kurz eingetreten. Ein Argument lautet, mit der Panzerbeschaffung werde der operative Bewegungskrieg angestrebt, eine Form der Kriegführung also, die unsere Möglichkeiten übersteige. Mit diesem Einwand gegen die Panzer werden offene Türen eingerannt. Es denkt niemand daran, große offensive Bewegungsschlachten schlagen zu wollen. Wenn die Panzergegner als ihre Lösung «die *aktive bewegliche Verteidigung*» verkünden, muß man ihnen die schlichte Frage stellen, ob sie einen mit Panzern angreifenden oder gar mit Panzern eingebrochenen Gegner gegenüber mit unserer zu Fuß kämpfenden Infanterie einen aktiven Gegenstoß zu führen gedenken. Es ist einfach eine Illusion, zu glauben, daß wir mit unserer herkömmlichen Infanterie in der Lage wären, Panzereinbrüche aktiv zu reparieren. Wir können mit den Panzerabwehrmitteln, die wir heute und in den nächsten Monaten beschaffen, einen rein defensiven Abwehrkampf führen. Einem gepanzerten Gegner gegenüber holen wir die taktische Beweglichkeit, also die aktive Verteidigung, nur zurück, wenn wir unserer Infanterie Panzer zuteilen können.

Es gibt nun schweizerische Panzergegner, die die merkwürdige Auffassung vertreten, daß uns die Beschaffung von Panzern «glücklicherweise große Schwierigkeiten» bereite. Diese «Glücklichen» hoffen auf die Beschaffung anderer Panzerabwehrmittel, die den Kampfwagen ersetzen sollen. Es wurde in der ASMZ schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß alle im In- und im Ausland bekannten Panzerabwehrgeschütze, die auf dem Prinzip der Hohlladung und der Rückstoßfreiheit basieren, nur wirksame Schußdistanzen bis 500 Meter aufweisen. Wir sind sicherlich auch bei uns in der Lage, ein leichtes Panzergeschütz mit Panzerdurchschlagskraft auf etwa einen halben Kilometer zu entwickeln und zu beschaffen. Im Rüstungsprogramm soll ein Kredit für eine solche Waffe vorgesehen sein. Wir werden damit selbstverständlich schon ganz erheblich besser dastehen als mit den jetzigen Panzerabwehrmitteln.

Aber wir dürfen uns mit einer *Panzerabwehr* auf 500 Meter sowenig begnügen wie mit Flugzeugen, die nur 400 oder 500 Kilometer pro Stunde fliegen. Wir benötigen, es sei abermals als klare und konsequente Forderung wiederholt, eine Waffe, die auf jene Distanz panzerwirksam schießen kann, auf die der Feindpanzer das Feuer eröffnet. Diese Distanz beträgt 1500 bis 1000 Meter. Auf diese Distanz braucht es eine Kanone mit Vollgeschöß, die selbstfahrbar und gepanzert ist, also den *Panzer*. Jede andere Waffe bleibt dem Panzer eindeutig unterlegen. Es käme höchstens das Flugzeug mit Raketengeschossen in Frage. Voraussetzung der Panzerbekämpfung

durch Jagdflieger aber wäre eine zahlenmäßig so starke Flugwaffe, wie wir sie uns nie werden leisten können. Die Panzerbeschaffung aber liegt im Rahmen unserer Möglichkeiten. Die Befürwortung durch die Studienkommission beweist dies.

Nun steht allerdings außer Frage, daß uns in der *Panzerbeschaffung* aus dem Ausland aus begreiflichen Gründen Schwierigkeiten erwachsen. Darob in Entzücken zu geraten, zeugt von einem sonderbaren Patriotismus. Die Möglichkeit, Panzer aus dem Ausland zu erhalten, besteht aber weiterhin. Es ist nicht ausgeschlossen, daß uns innert kurzer Frist moderne und leistungsfähige Panzer geliefert werden. Es wäre geradezu verantwortungslos, diese Möglichkeit nicht auszunützen. Die Weiterverfolgung der Panzerfrage ist umso notwendiger, als die Beschaffung von Panzerabwehrgeschützen auf weite Distanz noch längere Zeit beanspruchen wird. Es sind darum alle Bemühungen und Anstrengungen, unserer Armee moderne Panzerwagen zu beschaffen, mit allem Nachdruck und aller Energie zu fördern.

Die Panzerbeschaffung bleibt allerdings nur ein Teil des Rüstungsprogramms. Auch die andern Forderungen des Programmes behalten ihre Dringlichkeit. Angesichts der immer bedrohlicher werdenden militärpolitischen Lage ist die *Raschheit der Verwirklichung* zum wichtigsten Faktor des Landesverteidigungsproblems geworden. Es bestehen keine Zweifel darüber, daß die mit der Ausführung betrauten Organisationen und Personen mit dem besten Willen und mit vollem Einsatz an die Überwindung der organisatorischen und fabrikationstechnischen Engpässe herangehen. Trotzdem sind Zweifel darüber vorhanden, ob die jetzige Organisation den aktuellen Riesenaufgaben gewachsen sei. Die neu geschaffene *Koordinationskommission*, die unter dem Vorsitz des Chefs des EMD den Generalstabschef, den Chef der KTA, den Beauftragten für Arbeitsbeschaffung sowie Vertreter der Industrie, des Gewerbes und der Gewerkschaften umfaßt, kann sicherlich ganz wesentlich zu einer besseren Koordination und Zusammenarbeit aller Kräfte und zu einer zweckmäßigen Verteilung der Aufträge beitragen. Es fragt sich nur, ob diese Kommission ohne Exekutivkompetenz und klare Verantwortung in der Lage ist, die schwierigen Probleme der Materialbeschaffung, des Arbeitskrafteinsatzes, der Fabrikationsorganisation und der Forschungsorganisation innert nützlicher Frist zu bewältigen. Wir wollen diesem Gremium mit vollem Vertrauen begegnen. Wir wollen aber immerhin von Anfang an betonen, daß die Betrauung geeigneter tüchtiger Einzelpersonlichkeiten mit Verantwortung noch immer besser zum Ziele führte als die Arbeit noch so gut ausgewählter Kommissionen.

Vorläufig hängt das Rüstungsprogramm weitgehend in der Luft, weil die *eidgenössischen Räte* erst in der Märzsession das Gesamtprogramm behandeln werden. In der vergangenen Dezembersession wurde erst ein Teilkredit von 267 Millionen Franken bewilligt, um die für 1951 vorgesehenen dringlichen Maßnahmen und Arbeiten ausführen zu können. Aus der Presse ist ersichtlich, daß ein Teil des Parlamentes große Bedenken gegen die Bewilligung des *Gesamtkredites* von 1,4 Milliarden äußert. Parlamentarier aller Fraktionen wollen nur jährliche Raten zugestehen. Diese Aufsplitterung des gesamten Kredites wäre nicht nur unzweckmäßig, sondern im heutigen Zeitpunkt auch schwer zu verantworten. Erstens einmal kann die Industrie zugunsten der Rüstung nur rationell und kosteneinsparend disponieren, wenn sie in die Lage versetzt wird, bezüglich Rohstoffen und Aufträgen auf lange Sicht zu rechnen. Dies ist nur möglich, wenn der Bundesrat über den Gesamtkredit verfügen kann. Die Parlamentarier werden berücksichtigen dürfen, daß das Gesamtprogramm von einer speziellen Studienkommission während eines ganzen Jahres geprüft und schließlich befürwortet worden ist, somit auf seine Nützlichkeit und Notwendigkeit eingehend untersucht wurde. Im weitern benötigt die Landesregierung in der gegenwärtigen Zeit ein gewisses Maß Handlungsfreiheit, um günstige Gelegenheiten zur Verstärkung der Rüstung ausnützen zu können. Die Bewilligung des Gesamtkredites durch das Parlament ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Andererseits wird das Volk verstehen, daß die *eidgenössischen Räte* die gewaltige Ausgabensumme gedeckt haben wollen. Das Parlament muß zuhanden einer Volksabstimmung die *Deckungsfrage* lösen. Die Kreditbewilligung, für die die Räte zuständig sind, darf aber nicht mit der Deckungsvorlage verquickt werden, weil bis zur Einigung über die Deckung Monate vergehen dürften. Die Bewilligung des Kredites muß in der Märzsession erfolgen, wenn das Parlament nicht als bremsendes Element im Ablauf der Verwirklichung des Rüstungsprogrammes in Erscheinung treten will.

Es stellt sich noch die Frage, ob nicht gewisse *Sofortmaßnahmen* die so dringlich gewordene Verstärkung der Landesverteidigung beschleunigen könnten. Derartige Sofortmöglichkeiten sind vorhanden. Es gibt Betriebe, deren Fabrikation heute «kriegswichtige» Bedeutung besitzen: Munitionsfabriken, Betriebe zur Herstellung von Waffen und wichtigen Ausrüstungsgegenständen, Rohstoff verarbeitende Werke, deren Produkte zur Waffenfabrikation benötigt werden usw. Durch Mehrschichtenbetrieb könnte ganz Wesentliches zur sofortigen Förderung der Aufrüstung beigetragen werden. Es scheint sodann nötig, daß dort, wo heute noch verschiedene Stellen dieselbe militärische Forschungsarbeit verfolgen, eine maximale

Konzentration der Kräfte angestrebt wird, um das rascheste Entwicklungsergebnis zu gewährleisten. Es fragt sich im weiteren, ob nicht zur raschen Vollendung militärischer Bauten gewisse Zivilaufträge zurückgestellt werden könnten.

Ohne Verzug sollte vor allem auf dem Gebiete des *zivilen Luftschutzes* das Vakuum ausgefüllt werden, das seit 1945 eingetreten ist. Die Vervollständigung des Schutzes unserer Zivilbevölkerung gegenüber der Bedrohung aus der Luft gehört zu den dringlichsten Forderungen der totalen Landesverteidigung.

Im Hinblick auf die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes in einem viel früheren Zeitpunkt, als man in den letzten Monaten annahm, dürfte auch die Frage überprüft werden, ob nicht die Jahrgänge des *Grenzschatzes* und der *Territorial-Truppen*, die seit längerer Zeit nicht mehr im Dienst standen, in den nächsten Monaten zu einer *Dienstleistung* einberufen werden sollten. Die Einberufung erst im nächsten Jahre wäre zur Überprüfung der neuen Truppenordnung an sich zweckmäßig. Ist aber die Ausbildung an teilweise neu eingeführten Waffen und mit völlig neuen Kadern in aller nächster Zukunft nicht *noch* zweckmäßiger, ja sogar notwendiger. Auch die Ausbildungslücken müssen so weitgehend und so rasch als möglich geschlossen werden. Auf allen Stufen und in allen Heeresklassen der Armee!

Man mag da und dort diese Forderungen nach Verstärkung der materiellen und ausbildungsmäßigen Bereitschaft als übertrieben beurteilen. Sie entsprechen keineswegs einer ängstlichen Einschätzung der Lage, sondern einzig und allein der Erkenntnis, daß die heutige Situation *jede* Entwicklung möglich macht. Diese Lage bedeutet auch für die Schweiz eine Art Notstand, ohne daß wir ihn zu erklären brauchen. Wir befinden uns derart zentral im hochgeladenen Spannungsfeld Westeuropas, daß alle Maßnahmen zur Verstärkung unserer Bereitschaft und Abwehrkraft berechtigt sind.

Das Volk wird für alle derartigen Maßnahmen Verständnis aufbringen. Es liegt an den Verantwortlichen, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten und zu fordern. U.

Militärischer Materialismus

Von Oberst F. v. Goumöens

Wenn wir die Entwicklung des Krieges vom Deutsch-Französischen Krieg 1870 über den ersten Weltkrieg bis zum zweiten Weltkrieg betrachten, so fällt uns wohl in erster Linie die ungeheure Zunahme des Einsatzes